Beschluss C. Freiheit schützen – Vielfalt leben: 5. Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz in Jena vom 02. - 04. Februar 2024
Beschlussdatum:	04.02.2024
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Wir stärken Demokratie und Beteiligung auf allen Ebenen

Die Demokratie ist einer unserer wichtigsten, aber auch vulnerabelsten Grundwerte. Vor mehr als 35 Jahren haben sich die Menschen im heutigen Thüringen ihre Freiheit und die Demokratie hart erkämpft. Heute wiederum müssen wir sie so leidenschaftlich und vehement verteidigen wie nie.

Ob unsere Demokratie stark ist, entscheidet sich aber nicht nur im Parlament. Entscheidend ist auch, ob es eine starke Zivilgesellschaft gibt, die sich einbringt und für ihre Werte streitet. Es entscheidet sich im Sportverein, in der Schulklasse oder am Abendbrottisch. Und es kommt darauf an, ob sich in unserer Gesellschaft alle Menschen sicher und verstanden fühlen, ob sie teilhaben können und akzeptiert werden. Wir wollen eine starke und lebendige Demokratie, die nicht mit dem Gang zur Wahlurne endet. Wir möchten Bürger*innen ermutigen und befähigen, sich einzubringen und für ihre Ideen zu kämpfen. Wir wollen Bürger*innenbeteiligung einfach und unkompliziert machen. Und wir möchten eine wehrhafte Demokratie durch eine selbstbewusste Zivilgesellschaft schaffen. Dabei setzen wir auf eine bessere Absicherung zivilgesellschaftlicher Demokratieprojekte und einen starken Fokus auf politische Bildung in Schule und Erwachsenenbildung.

Kernziele:

- Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung weiter ausbauen, Bürger*innenräte einsetzen
- Versammlungsrecht bürgerfreundlicher machen
- Thüringer Verfassung fit machen für 21. Jahrhundert
- Parlamentarische Arbeit transparenter gestalten

Direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung ausbauen

Demokratie lebt von der politischen Teilhabe ihrer Bürger*innen. In den vergangenen Legislaturperioden konnten wir durch einfache Beteiligungsformate bereits mehr Bürger*innen mit einbeziehen. Politik soll alle Menschen erreichen und das auch durch verständliche Informationen.

Wir wollen niederschwellige und zielgruppengerechte Kommunikation über politische Prozesse auf allen politischen Ebene schaffen.

Neben niederschwelligen Beteiligungsformaten, sollen auch gute Prozesse zur Rückmeldung mit Ausweisung des Antwortfortschrittes an die Bürger*innen gegeben sein. Wir wollen politische Abwägungen und Entscheidungen transparenter machen und “Scheinbeteiligungen” abwenden. Unser Ziel ist die politische Selbstwirksamkeit zu erhöhen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Stärkere politische Kommunikation vor Ort ("aufsuchende Politik")
- Bildungsprogramme zu politischen Prozessen aufbauen und stärken
- Unterstützung der kommunalen Ebene bei der Schaffung von mehr Transparenz
- Online-Portal und analoge Anlaufstellen für mögliche landespolitische Fragen oder zu Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren
- Aufbau der Kompetenzen zu Bürger*innenbeteiligung in Ministerien und Landesbehörden.
- Wichtige Gesetzgebungs- und Entscheidungsverfahren durch umfassende, institutionalisierte und obligatorische Beratungen mit den Bürger*innen ergänzen
- Unterstützung von Kommunen bei der Entwicklung von Beteiligungskonzepten
- Bürgerräte auf verschiedenen politischen Ebenen gezielt einsetzen, um konkrete politische Fragestellungen im Zusammenspiel mit Bürger*innen zu beraten und zu und zu entscheiden sowie Entscheidungen für die Öffentlichkeit bereitstellen
- Finanzvorbehalt bei Volksbegehren abschaffen und Quoren absenken

Versammlungsrecht liberalisieren

Die Bedeutung von Versammlungen als Ausdruck demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichen Engagements wird in unserer zunehmend vielfältigen Welt immer deutlicher. Wir setzen uns gezielt mit den Herausforderungen und Chancen auseinander, die im Zusammenhang mit Versammlungen entstehen. Auch setzen wir uns dafür ein, dass Versammlungen human und angemessen von der Polizei begleitet werden. Außerdem wollen wir die Versammlungsbehörden, also die kommunalen Ordnungsämter stärken, damit das Recht auf Versammlungsfreiheit auch gut begleitet und umgesetzt werden kann. Wir kämpfen für ein liberales Versammlungsrecht.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Berücksichtigung von zivilem Ungehorsam im Rahmen des Versammlungsrechts, Regeln für friedliche Blockaden schaffen und Vermummungen zu Ordnungswidrigkeiten abstufen
- Nutzung gezielterer und angemessenerer Einsatzmittel und Richtlinien für die Kommunikation von Versammlungsbehörde und Polizei
- Verbindliche Regelungen für den Einsatz von Pfefferspray als Einsatzmittel aufgrund des hohen Verletzungspotentials
- Stärkung, verbesserte Informationsanbindung und Weiterbildung von Versammlungsbehörden für eine bessere Handlungsfähigkeit
- Taskforce Versammlungslagen des Thüringer Innenministerium personell stärken
- Kommunikationsbeamt*innen bei jeder größeren Versammlung oder bei Gefährdung, entsprechende Aus- und Fortbildungen für Beamt*innen bereitstellen
- Liberalisierung des Versammlungsrechts mit eigenem Landesgesetz

Thüringer Verfassung modernisieren

Unsere Verfassung ist die wichtigste Grundlage für eine funktionierende und gesunde Demokratie im Freistaat. Unser Ziel ist deshalb: Wir machen die Thüringer Verfassung fit für das 21. Jahrhundert mit all seinen Herausforderungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Konsequentes Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität, aber auch zu Ehrenamt und Digitalisierung als Staatsziele in der Verfassung
- Gesonderte Aufnahme von Kinderrechten in der Verfassung
- Ein Bekenntnis zum geeinten Europa in der Landesverfassung
- Die Umwandlung des Bürgerantrages zu einem Einwohnerantrag mit niedrigerem Quorum, den auch Thüringer*innen ohne deutschen Pass ab 14 Jahren unterschreiben dürfen
- Absenkung des Mindestwahlalters bei Kommunalwahlen auf 14, bei Landtagswahlen auf 14 Jahre
- Automatische Versendung der Briefwahlunterlagen
- Klarstellung der Regelungen zur Anwendbarkeit der Vertrauensfrage sowie der Ministerpräsident*innenwahl in der Landesverfassung
- Anpassung der Verfassung in geschlechtergerechter Sprache
- Prüfung einer Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsklausel in der Verfassung

Parlamentsrecht transparenter machen

Öffentlichkeit und Transparenz sind zentrale Prinzipien der Demokratie. Deswegen machen wir uns dafür stark, dass die parlamentarische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, offen und nachvollziehbar und damit öffentlich zugänglich stattfindet. Dies gilt nicht nur für Plenarsitzungen des Landtages, sondern auch für die Ausschüsse, in denen inhaltliche „Feinarbeit“ geleistet wird. Seit Jahren streiten wir BÜNDNISGRÜNE für mehr Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Offenlegung politischer Interessenvertretung. In einem Lobbyregister wollen wir nun nachvollziehbar machen, wer in welcher Weise und in wessen Auftrag auf die von den Abgeordneten beschlossenen Inhalte Einfluss nimmt und welche finanziellen Mittel gegebenenfalls für die Lobbytätigkeit aufgewendet werden.

Für uns steht die Unabhängigkeit des Mandats im Mittelpunkt des Handels von Abgeordneten. Deswegen machen wir uns stark für eine Offenlegung der Einkünfte von Parlamentarier*innen. Unsere BÜNDNISGRÜNEN Abgeordneten gehen hier mit gutem Beispiel voran und machen seit 2009 öffentlich, was sie monatlich an Diäten und möglichen Zusatzverdiensten erhalten, aber auch welche Mitgliedschaften und welche zusätzlichen kommunalen oder ehrenamtlichen Ämter sie innehaben. Spenden und geldwerte Vorteile von Lobbyist*innen für Abgeordnete und Fraktionen lehnen wir genauso ab wie Lobbyismus ehemaliger Regierungsmitglieder und Staatssekretär*innen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Öffentlichkeit der Fachausschüsse im Thüringer Landtag
- Verbindliches Lobbyregister als Ergänzung zum „legislativen“ Fußabdruck, um Einflussnahme transparent zu machen
- Offenlegung der Einkünfte der Abgeordneten durch Änderung im Thüringer Abgeordnetengesetz
- Sperrfrist von 3 Jahren für ausscheidende Minister*innen und Staatssekretär*innen für Beschäftigung in Bereichen, in denen diese als Regierungsmitglieder beschäftigt waren
- Verbot von Spenden und geldwerten Vorteilen von Lobbyist*innen für Abgeordnete und Fraktionen